



PRESSEMITTEILUNG



Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) der Diözese Aachen / Zentrum Krefeld
Spinnereistr. 28, 47805 Krefeld Tel.: 0 21 51 / 31 55 28, Fax.: 0 21 51 / 31 03 10
Kontakt: Günter Weber (KAB-Sekretär) E-Mail: guenter.weber@kab-aachen.de

Politische Entscheidung zum Mindestlohn war notwendig

KAB: Anhebung auf 12 Euro ist ein wichtiger Schritt / Inflation ausgleichen

Mittlerer Niederrhein/ Berlin. Als einen Erfolg der KAB-Mindestlohn-Petition sieht die KAB Mittlerer Niederrhein den morgigen Bundesratsbeschluss zum Mindestlohn. „Die Möglichkeiten der Mindestlohn-Kommission reichten nicht aus, um eine armutsfeste Lohnuntergrenze umzusetzen“, erklärt Uwe Schummer, Bezirksvorsitzender der KAB Mittlerer Niederrhein.

Mit der Petition `Stoppt die Armutsfalle Mindestlohn´ an Bundesarbeitsminister Hubertus Heil hatte der katholische Sozialverband den Minister im vergangenen Jahr aufgefordert, gemeinsam mit der KAB eine Gesetzesinitiative zu starten, „die einen sozial gerechten Mindestlohn ermöglicht“. „Mit der endgültigen Verabschiedung der Mindestlohnanhebung auch durch den Bundesrat sehen wir einen wichtigen Teil der KAB Petition umgesetzt“, betont Uwe Schummer.

Der KAB Bezirk Mittlerer Niederrhein verweist auf eine aktuelle europäische Beschlusslage wonach eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro nicht ausreicht und Initiativen der Politik für eine Stärkung der Tarifbindung entwickelt werden sollen. In Deutschland, so Uwe Schummer, muss die Tarifbindung von derzeit 50 % wieder auf 90 % gesteigert werden.

Mindestlohngesetz muss Existenzsicherung stärker berücksichtigen

„Die Kommission war mit den Anhebungen im Cent-Bereich nicht in der Lage einen nötigen Sprung hin zu einem armutsfesten Mindestlohn umzusetzen“, so der KAB-Bezirksvorsitzende. Uwe Schummer appelliert zudem an die Ampel-Koalition, das jetzige Mindestlohngesetz (MiLoG) zu reformieren und neben der Lohnentwicklung auch die sozioökonomische Existenzsicherung bei der Berechnung stärker zu berücksichtigen und Kontrollen auszubauen.



Angesichts steigender Preise im Bereich der Lebenshaltungskosten und der Inflation sieht die KAB die Anhebung auf zwölf Euro als deutlich zu niedrig an. „Wir brauchen aktuell bereits einen Mindestlohn über 14 Euro, um die Geringverdiener vor Armut zu schützen und eine soziale Spaltung in Deutschland zu verhindern. Zwölf Euro brutto sind trotz Vollzeitarbeit kein existenzsichernder Lohn und programmiert zusätzlich den Einstieg in Altersarmut“, kritisiert Uwe Schummer.

**HALBE SACHEN
KÖNNEN WIR UNS
SPAREN.**



K
**KATHOLISCHE
ARBEITNEHMER-
BEWEGUNG**

 **KAB! TRITT EIN FÜR DICH.**